

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

8.1.1853 (No. 7)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 8. Januar.

N. 7.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

□ Patriotismus und Christenthum.

Vor einigen Monaten las man in einem Kölner Blatte streng konfessioneller Färbung eine herbe Klage über den Mißbrauch, der mit dem Worte Patriotismus getrieben werde, das für alles revolutionäre Treiben den Vorwand hergeben müsse, und ein wahres Heidenthum in dem christlichen Staat einführen wolle. Es wurde dabei bemerkt, daß der heidnische Patriotismus „nur Eine Grundlage habe: den Nutzen, das Interesse für das Land, das einer sein Heimath- und Vaterland nenne; es fehle ihm darum die Weihe, welche jede wahre Tugend erfordere. Der wahre Patriotismus in einem christlichen Staate und unter einem christlich erzogenen Volke habe eine doppelte Grundlage: vorerst das Christenthum, seine Sitten — und Glaubenslehre — und dann erst den heimathlichen Boden, das Volk, das auf diesem sich bewege, die Staatseinrichtungen und die Geschichte, die auf jenem und unter diesem herausgewachsen seien. Was ein Einzelner für sein Vaterland, was ein Volk für sich wolle, müsse vorab recht und gut sein, würdig der Gesinnung und der Handlungsweise eines einzelnen Christen und eines ganzen christlichen Volkes. Erst dann, wenn für eine Absicht oder Handlung diese Probe bestanden, sei es erlaubt, das besondere Interesse des eigenen Staates in Anschlag zu bringen und zu verfolgen. Dann könne aber auch der Liebe zum heimathlichen Boden, die jedem Menschen innewohnt, der freieste Spielraum geöffnet werden.“

Die hier angeregte Frage ist anziehend und selbst bedeutend genug, um in einige weitere Erörterungen darüber einzugehen. So müssen wir denn vor allen Dingen das Bekenntniß ablegen, daß uns das Verständniß über den Unterschied vom heidnischen und christlichen Patriotismus, der dem obigen Raisonnement zu Grunde gelegt ist, nicht aufgegangen ist. Er scheint uns an unlöslichen Widersprüchen zu leiden. Zugegeben wird, der Patriotismus sei eine Tugend, aber nur der wahre, der falsche sei ein eben so großes Laster. Wenn dann ferner behauptet wird, jener sei wesentlich eine christliche Tugend, so folgt daraus, daß der des heidnischen Alterthums keine Tugend gewesen sein könne: eine Folgerung, der sich der fragliche Aufsatze wieder selbst dadurch zu entziehen sucht, daß er denn doch uns „geschichtliche Jüge vor Augen führe, welche die Achtung und Bewunderung der Welt verdienen.“ Was aber unsere Achtung und Bewunderung verdient, muß doch wohl nicht bloß in einem materiellen Nutzen seinen Grund haben, sondern in einem sittlichen Grunde wurzeln, und dadurch eine Tugend sein. Man hat freilich auch gesagt, die Tugenden der Alten seien nur glänzende Laster gewesen; allein es gehört dieser Satz zu jenen geistreich klingenden Phrasen eines asterchristlichen Hochmuths, die mehr von dem Ton der Schelle als der Glocke an sich haben. Daß selbst in dem griechischen Polytheismus ein sittliches Element zu finden sei, das hat Zell in seiner schönen Abhandlung über das Sittliche in der griechischen Volksreligion (Herrenschriften I., S. 177 ff.) in geistreicher Weise gründlich nachgewiesen. Die Großthaten des griechischen und römischen Patriotismus haben daher nicht nur in der Scholle, dem Nutzen, dem Interesse ihren Grund, sondern weit mehr im sittlichen Geiste, der auch der Religion des Heidenthums nicht fremd war. Wenn er für das Vaterland kämpfte, so galt der Kampf zugleich den heimathlichen Göttern, ihren Tempeln, ihren Altären, er galt Weib und Kind, der Stätte der Geburt, wie den Gräbern der Vorfahren, den Heiligthümern der Götter, des Landes, des Staates und der Familie, für die sein Leben selbst zu opfern unter allen Umständen eine That des sittlich-religiösen Geistes ist, nicht der Selbstsucht und der materiellen Nützlichkeitsbestrebung. Sittlichkeit und religiöser Glaube waren daher auch die Weihe des heidnischen Patriotismus. Daß dieser Glaube des Heidenthums ein unvollkommener war, daß auch seine Sittenlehre im Vergleich mit dem Christenthum nur die halb erschlossene Knospe war, ändert an der Sache Nichts. Auch im Christenthum ist die Reinheit beider nicht ungetrübt geblieben, die Tugend des Patriotismus aber kein Monopol einer einzelnen Konfession, und seiner einzelnen Religion. Der Kabyte und der Tscherkesse, der sein Vaterland verteidigt und sein Leben ihm opfert, ist gleicher Ehre werth, wie der Christ, der im Dienste seines christlichen Fürsten, dem Befehle gehorham, sich in Kampf und Tod stürzt.

Es ist daher durchaus irrig, wenn dem „wahren christlichen Patriotismus“ vor Allem eine Beziehung zur Glaubenslehre beigelegt wird, und die Pflicht gegen das Vaterland erst in zweiter Linie zu sehen kommt. Seiner Verhüllung entkleidet wird der Gedanke des Kölner Blattes eigentlich der sein: Der wahre Patriot, der christliche, hat vor Allem seine Pflicht gegen die Religion, d. h. die Kirche, zu erfüllen, und dann erst die gegen den Staat und den, der dessen Haupt ist: — ein Satz, den man nur zu formuliren braucht, um die gefährlichen Konsequenzen zu übersehen, die er unter Umständen haben muß.

Das, was der Christ seinem Vaterlande und seinem Fürsten schuldig ist, das ist die an keine Bedingung gebundene Treue; diese Treue, dieser Gehorsam steht mit keiner andern

Tugend im Widerspruch; sondern ist die Mutter vieler andern. Je rechtschaffener und sittlich besser einer ist, um so durchdringender wird er sein von seiner Pflicht gegen Fürst und Vaterland, und um so entschiedener wird er die Moral und Politik zurückweisen, die jene Pflicht abhängig machen will von religiösen oder politischen Parteizwecken.

Gerne geben wir zu, daß die Vaterlandsliebe mit dem Sittengesetz in Verbindung stehe; nicht aber geben wir zu, daß die spezielle Glaubenslehre darauf Einfluß habe. Das Sittengesetz gebietet Treue gegen Fürst und Vaterland, wie im Heidenthum, so im Christenthum. Sie ist eine Pflicht, kein Dogma. So wenig der Kaiser von Rußland seinen mohamedanischen Unterthanen den Satz zugeben wird: erst Mohammedaner, dann Ruße, d. h. Unterthan des Kaisers, eben so wenig wird der Kaiser von Oesterreich den Satz zugeben: erst Protestant, dann Oesterreicher, oder der König von Preußen den: erst Katholik, dann Preuße. Nur eine sittliche Pflicht gegen Fürst und Vaterland umschließt alle Staatsangehörigen. Man kann nicht sagen: erst sei tugendhaft, dann Patriot; nicht: erst sei Katholik oder Protestant, dann Patriot; denn das Vaterland ist die Mutter und der Mittelpunkt beider. Man kann aber auch nicht sagen: erst sei Patriot, dann tugendhaft; man muß sagen: sei Beides.

Deutschland.

Bruchsal, 6. Jan. Schon vor einem Jahre konnten wir die Wiederherstellung der beiden Bassins auf dem hiesigen Schloßhofe berichten. Inzwischen ist auch der große vor dem westlichen Portale des Schlosses im Schloßgarten befindliche Bassin, dessen Becken zerfallen und zerlumpt war, von rothen Sandsteinen in ursprünglicher Gestalt und Größe neu hergestellt worden. Gleiche Sorgfalt wird den übrigen im Schloßgarten befindlichen Bassins zugewendet. Ist eine solche Wiederherstellung und Erhaltung aller Vaudenkmale für die arbeitende Klasse wohlthätig und an sich schon erfreulich, so tritt hier noch besonders eine Pietät gegen die Erbauer und spätere Bewohner des Schlosses hervor. Das Andenken des Kardinals Damian Hugo von Schönborn (* 1743), der Kunstsinns, wie alle geistlichen Fürsten, die aus diesem Hause hervorgingen, das Schloß nach eigenem Plane erbaute, wie seines Nachfolgers, des Kardinals Franz Christoph von Hutten (* 1770), des Erbauers der Reserwe, der das Schloß vollendete, ist darin gebrüt. Sie gehören einer ältern Zeit und einem dahingegangenen Geschlechte an. Die letzte fürstliche Bewohnerin des Schlosses, die Frau Markgräfin Amalie, obwohl schon vor zwanzig Jahren dahingeshieden, lebt noch in frischem Andenken der jetzigen Generation. Sie schloß hier am 21. Juli 1832 ihre von großem Glück verschönten und von tiefem Schmerz oft getrüben Tage. Hier sah die hohe Frau so oft ihre erlauchten Töchter und deren Gemahle und ihre Enkel um sich versammelt, und der herrliche Fürstenbau war voll Leben und Bewegung. Die Erhaltung seiner Umgebung ehrt auch Ihr Andenken, die einst Wohlthäterin der ganzen Gegend war.

Heidelberg, 5. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Gestern wurde von der hiesigen Polizeibehörde die neueste, bei Engelmann in Leipzig erschienene Schrift von Servinus: „Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“, mit Beschlag belegt.

Vom Neckar, 4. Jan. (Mannh. J.) Am ersten Tage dieses Jahres ist eine neue wohlthätige Anstalt bei den großbadißchen Eisenbahn-Wärtern ins Leben getreten. Derselbe Gründer, der vor einigen Jahren für die andern niedern Diener der Gr. Posten und Eisenbahnen schon einen Unterstützungsverein gegründet hat, hat auch für die Bahnwärter Statuten zu einem solchen Verein entworfen, die Genehmigung derselben bei hoher Direktion der Gr. Posten und Eisenbahnen eingepostet und die Gründung vollzogen. Es sind diesem Verein sämtliche Bahnmeister und Bahnwärter auf den Gr. Staats-Eisenbahnen und die badißchen der Main-Neckar-Bahn beigetreten. Dieser Verein tritt mit 426 Mitgliedern ins Leben. Der Zweck desselben ist gegenseitige Unterstützung bei Sterb- und Unglücksfällen. Bei einem Sterbfalle eines Mitgliedes erhalten die Hinterbliebenen desselben 300 fl. ein- für allemal. Eben so viel erhält ein Mitglied, wenn es verkrüppelt und dienstunfähig wird. Dieser Verein legt zum Voraus 300 fl. für einen Unterstützungsfall zusammen und erhebt dann erst wieder Einlagen von den Mitgliedern, wenn diese 300 fl. verausgabt sind. Nebst diesem beständigen Vereinskassapital sammelt und unterhält er einen Reservefond, der bis auf 4500 fl., aber nicht höher, durch Einlagen der Mitglieder steigen soll. Nur durch Spenden können er höher steigen. Dieser Reservefond wird von den Mitgliedern durch monatliche Einlegung von 6 kr. gesammelt und bedarf nur ca. 8 1/2 Jahre, bis er vollständig ist. Muß er vor dieser Zeit angegriffen werden, so wird er jedesmal durch Einlegung eines Sterbefallbeitrags auf die frühere Summe gesetzt, und zwar in einem solchen Monat, in dem keine Unterstützungseinlagen für einen Sterbefall zu leisten sind.

Mannheim, 5. Jan. Das „Mannh. Journ.“ bringt einige interessante Notizen über die Handelsthätigkeit des

hiesigen Plazes in ihrer Beziehung zur Gr. Eisenbahn im Jahr 1852. Da man jene des Jahres 1851 bereits als eine außergewöhnliche und gewissermaßen fulminierende zu betrachten geneigt war, so werden die Resultate der beiden letzten Jahre mit einander verglichen. Der Abgang an Gütern betrug auf der großb. bad. Bahn in der Richtung von Mannheim nach Basel im Jahr 1851 zusammen 1,060,852 Ztr. 18 Pfd. und im zuletzt abgelassenen Jahr 1,528,457 Ztr. 53 Pfd. Der Transport in dieser Richtung betrug demnach 467,605 Ztr. 14 Pfd. mehr im Jahr 1852, als im Jahr 1851. Rechnet man zu diesen 1,528,457 Ztr. 53 Pfd. den Abgang mittelst der Main-Neckar-Eisenbahn in der Richtung von hier nach Norddeutschland mit 139,974 Ztr. 62 Pfd., so ergibt sich der Gesamtabgang von hier von 1,668,432 Ztr. 15 Pfd. Die Ankunft der Güter hier auf der großb. bad. Bahn erreichte im Jahr 1852 die Summe von 353,085 Ztr. 41 Pfd., jene auf der Main-Neckar-Bahn ca. 125,200 Ztr., zusammen 478,285 Ztr. 41 Pfd. Der Gesamt-Güterumschlag auf der Gr. Eisenbahn loco Mannheim betrug daher 2,146,717 Ztr. 56 Pfd. Solche Resultate geben sicherlich den erfreulichsten Beweis von dem raschen Aufschwung des Handels der Stadt Mannheim.

Wertheim, 5. Jan. Einer Bekanntmachung des landwirthschaftlichen Bezirksvereins zufolge wird am 13. d. eine landwirthschaftliche Besprechung des Vereins zu Freudenberg abgehalten. Der Vorstand hofft dabei diejenigen Preise vertheilen zu können, welche für das Jahr 1852 ausgesetzt waren; zugleich sollen für besondere landwirthschaftliche Leistungen des Jahres 1853 Preise ausgesetzt werden.

Freiburg, 6. Jan. Die „Freib. Ztg.“ theilt einige Notizen über die akademischen Behörden der Freiburger Universität mit, denen wir folgendes entnehmen: Die Stelle des Prorektors seit Oetern 1852 bis dahin 1853 bekleidet Hr. Dr. Anton Mayer, der zugleich Präses des Senates ist. Als Senatoren fungiren: der Exprorektor Albalbert Maier, Dr. Al. Stolz, Dr. Ad. Schmidt, Dr. Al. Eder und Dr. J. Sengler. Die Wirtschaftsadministration besteht aus einem Administrator, Gehilfen und 3 Einkünfteverwaltern in Schwaben. Die Wirtschaftsdeputation unter der Direktion des Dr. Werk besteht aus 4 Wirtschaftsräthen aus der Reihe der ordentlichen Professoren, aus einem Sekretär und dem Wirtschaftsadministrator, beide Letztere mit Konsultativvotum. Die Bibliothekskommission zählt einen Vorstand, drei stimmführende Mitglieder, einen Oberbibliothekar in der Person des Dr. Wegner und Bibliothekar Dr. Kozłowski. Das Syndikat versteht noch immer der seit 1819 hier als Beamte fungirende Dr. Biecheler. Das Universitätsamt wird gegenwärtig von einem Verwalter besorgt. Das Sittenephorat beaufsichtigt Dr. Albalbert Maier, und das Spruchkollegium wird von sämtlichen Professoren der Juristenfakultät unter dem Vorsitz des jeweiligen Dekans gebildet. Der medizinischen Klinik steht Dr. Baumgärtner vor; die chirurgisch-ophthalmologische Klinik leitet Dr. E. Hecker provisorisch, die Entbindungsanstalt Dr. Schwörer. Die Veterinäranstalt steht unter der Direktion des Dr. Werber. Das anthropologisch-physiologische Institut dirigirt Dr. Eder, der auch der zoologischen Sammlung, sowie Dr. Koblitz der menschlichen normal- und pathologisch-anatomischen Sammlung vorsteht. Das chemische Laboratorium und die mineralogische Sammlung steht unter der Direktion des Dr. Fromberg; das physikalisch-mathematische Kabinett wird von Dr. Dettinger und Dr. Müller dirigirt; der botanische Garten ist der Fürsorge des neulichst von Zürich hieher berufenen Dr. Nägeli anvertraut. Der jetzige Direktor des Münzkabinetts ist Dr. Bergk. Ueber das philologische und physikalisch-mathematische Seminar wechseln um das Jahr die Lehrer im Direktorate. Dekane für die theologische sind Dr. A. Stolz, für die juristische Dr. Ad. Schmid, für die medizinische Dr. Schwörer und endlich für die philosophische Fakultät Dr. Baumgartner.

Billingen, 6. Jan. In Folge der Umwandlung des wohlgerichteten, großen städtischen Theatergebäudes in eine Reiterkaserne für die k. preuß. Ulanen entging uns hier für theatralische und musikalische Aufführungen die rechte Unterfunst. Nun beabsichtigt man aber durch Herstellung des großen Benediktiner-Konventsalles auf bereitwillige Ueberlassung des Gemeinderaths zu diesem Zwecke den von allen Seiten gewünschten Ersatz dieses Verlustes. Freunde dramatischer Genüsse haben sich bereits in erfreulicher Anzahl zu diesem Plane geremigt, und die Ausführung wird auf sich nicht lange warten lassen. Die Kosten der Einrichtung, auf 350 Gulden geschätzt, werden durch Aktien je zu 3 Gulden gedeckt; die Einzeichnungen nehmen raschen Fortgang, zum Beweise eines regen Sinnes für ein solches Unternehmen. An Dilettanten zu dramatischen Leistungen ist bei so frohem Eifer ein Mangel nicht zu fürchten; man darf vielmehr auf einige vielversprechende Kapazitäten rechnen. Auch ist zu erwarten, daß nur gute Stücke zur Aufführung gebracht werden. So gelangen wir auf den geräuschlofen Höhen des Schwarzwaldes wieder zu dem Genuße eines Theaters und zur Erweiterung geselliger Begegnung, welche vor der politischen Schwindelzeit hier ganz zu Hauße war.

München, 3. Jan. Fr. v. Wendland hat seine neuen

Kreditiv für Paris bereits am 27. v. M. erhalten mit der Weisung, dieselben zu überreichen, sobald von den Gesandten Oesterreichs und Preußens dieselben Schritte geschehen.

Aus Nassau, 3. Jan. Ueber die Baptisten-Gemeinde in Dillenburg bringt die „Mittelrheinische Zeitung“ das folgende Thatsächliche: Bereits seit Jahren bildete sich in der hiesigen evangelischen Gemeinde eine Genossenschaft, welche, mit der öffentlichen Gottesverehrung nicht zufrieden, Hausandachten und Konventikel hielt und unter dem Namen „die Frommen“ bekannt ist. Als ihr Haupt galt Kaplan Bode, ein junger Mann von nicht unbedeutender Kanzelberedbarkeit, aber sehr exzentrischen Ansichten, welche zu vielfachen Reibungen Veranlassung gaben. Als z. B. der Gemeinderath ihm die Benützung des Rathhaussaales zu religiösen Zusammenkünften abschlug, brachte er diese Sache auf die Kanzel, und erprobte, nach ausgesprochenem Tadel, ein Gebet um Erleuchtung der Ortsbehörde, welches bei dem bereits erleuchteten Magistrat keineswegs Beifall fand. Noch weniger Beifall aber fand seine Polemik gegen den in allgemeiner Achtung stehenden, greisen Defan-Stift. Bode ward versetzt und Stift starb. An Stifts Stelle kam Defan Keim von Hachenburg, welcher Legiere es an Versuchen, die „Frommen“ wieder enger an die Landeskirche zu fetten, nicht fehlen ließ. Allein diese Versuche, statt zu gelingen, führten noch größere Differenzen herbei. Mehrere „Fromme“, welche den Geistlichen der Landeskirche als „Irrelehrer“ bezeichnet hatten, wurden auf dessen Klage gerichtlich bestraft. Die Konventikel wurden polizeilich beschränkt und unterworfen. Das Alles erzeugte bei den „Frommen“ das bekannte, mit Erbitterung gemischte Selbstgefühl des Märtyrertums. Sie schienen einen Coup zu beabsichtigen, und begaben sich zu einer Baptistenversammlung nach Marburg, wo denn auch wirklich drei, zwei Namens Richter und einer Namens Thielmann, mit dem ganzen Körper in die Lahn tauchend, sich taufen ließen. Die Uebrigen folgten nicht nach; ob durch die Kälte des Wassers oder durch Gewissensstrudel abgehalten, weiß man nicht. Bis jetzt haben jene Drei auch hier keine Nachahmung gefunden, werden sie auch schwerlich finden, wenn nicht etwa dem obenbezeichneten Märtyrergefühl neuer Nahrungstoff werden sollte. Der Uebertritt der benannten Drei zum Baptistentum wurde kürzlich von allen Kanzeln des Defanats verkündigt und vor ihren „Irrelehren“ gewarnt.

*** Kassel, 6. Jan.** Wiederholt war kürzlich von einer möglichen Ministerveränderung die Rede, und man bezeichnete schon die Männer, die dem Ministerium Hassenpflug wahrscheinlich nachfolgen würden. Darunter war der neulich in das Geheimen Kabinett versetzte v. Bischofshausen, woraus man wieder schließen wollte, das zu erwartende neue Ministerium werde eine freiere Richtung befolgen, als das jetzige. Wohl scheinen gewisse Differenzen zwischen dem Kurfürsten und seinem Ministerium zu bestehen; aber die Berliner „Lit. Corr.“ möchte nicht Unrecht haben, wenn sie behauptet, sie seien weniger prinzipieller als persönlicher Art, und lägen vornehmlich in einer dem Kurfürsten empfindlichen „Eigenwilligkeit des Chefs des Ministeriums“. Außerdem herrsche nur etwa noch eine gewisse Abneigung gegen die eigenthümlichen christianisirenden Tendenzen der H. Hassenpflug und Bilmar. Sollte es daher auch zu einer Ministeränderung kommen, so werde Dies wenig an dem Regierungssystem ändern.

Nach dem „Fr. J.“ haben sich die Mitglieder des Verfassungskomitees, sowie des Finanzausschusses der Zweiten Kammer gestern wieder hier eingefunden und beide Ausschüsse haben Sitzungen gehalten. Aus verbürgter Quelle knüpft sich hieran die Nachricht, daß die Staatsregierung dem Finanzausschusse eine neue Proposition eines Anlehens von 1,200,000 Rthlr. übergeben hat.

Bremen, 2. Jan. (H. C.) Seit vorgestern hält das Militär wiederum sämtliche Wachen besetzt; gestern Vormittag um 10 Uhr fand die Uebergabe der Hauptwache (im Stadthaus) von Seiten der Bürgerwehr an eine Abtheilung Hanseaten statt. Die Ablieferung der Waffen der Bürgerwehr wird, wie wir hören, am Dienstag beginnen und in den folgenden Tagen bezirksweise damit fortgefahren werden.

Bremen, 4. Jan. (Bes. 3.) Die zur ehemaligen deutschen Flotte gehörigen 26 Kanonenboote sind durch den hiesigen Schiffsmäster Hrn. Bödeker, wie es heißt, für auswärtige Rechnung angekauft worden.

Altona, 3. Jan. (3. f. N.) Trotz dem Beschlusse des Volkstages gegen den Einfluß Holsteins in die dänische Zolllinie, scheint das Ministerium denselben ausführen zu wollen. Denn eine unter dem gestrigen Datum erschienene Verordnung geht von der Zollfreiheit Holsteins mit Dänemark aus und bestimmt, daß die Stadt Altona und der Flecken Wandsbeck vorläufig außerhalb jener Zolllinie verbleiben, jedoch die bisherige Zollvergünstigung hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr zollpflichtiger Gegenstände nach und von Holstein aufgehoben soll. Die früher ertheilten Konzessionen zur zollbegünstigten Einfuhr Altonaer und Wandsbeker Handels- und Fabrikwaaren sollen zur Prüfung an das Finanzministerium eingesandt werden.

Berlin, 4. Jan. Man schreibt der „Fr. P.-Ztg.“: Die Unterhandlungen des Hrn. v. Brud mit dem Hrn. v. Pommer-Esche schreiten vorwärts. Man spricht viel von der erfreulichen Uebereinstimmung in vielen der wesentlichsten Punkte. Die Zollkonferenzen werden aller Wahrscheinlichkeit nach am Ende dieses Monats in wesentlich derselben Gestalt wie früher wieder zusammentreten, um durch die einzelnen Bevollmächtigten für die deutschen Staaten den neuen Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem alten Zollverein zu realisiren.

○ Berlin, 5. Jan. Die Erste Kammer hat, wie festgesetzt war, ihre Sitzungen heute bereits wieder begonnen. Der erste Akt war die Wahl des Präsidiums für die ganze übrige Dauer der Session. Bei dem bewährten Vertrauen,

welches der Graf Rittberg genießt, kann es nicht auffallen, daß derselbe unter 72 Anwesenden mit 71 Stimmen wieder zum ersten Präsidenten bestellt wurde. Die Präsidentenwahl für die Zweite Kammer nimmt Angesichts der jetzigen Parteistellung in diesem parlamentarischen Körper die öffentliche Aufmerksamkeit in ganz ungewöhnlichem Grade in Anspruch. Bereits heute Abend finden mehrfache Fraktionsversammlungen statt, in denen die Frage erörtert werden soll. Eine definitive Verabredung im Schooße der Parteien wird erst morgen Abend getroffen, indem bis jetzt noch eine große Anzahl von Abgeordneten nicht angelangt ist. Bei der Unsicherheit des Resultats in Bezug auf die Wahl des Hrn. v. Kleist-Regow geben sich in einigen Schichten der Rechten unverkennbare Schwankungen kund. Um diese zu beseitigen, hat man von konservativer Seite einen nochmaligen Versuch gemacht, Hrn. Ulden zur Wiederannahme der Präsidentschaftskandidatur zu bewegen. Derselbe ist in dessen unter Hinweis auf seinen geschwächten Gesundheitszustand dem Entschlusse der Ablehnung treu geblieben. Für Hrn. Ulden zu stimmen, zeigten sich auch einige Polen bereit. Diese, sowie mehrere rheinische Halbkonservative stimmen aber gegen Hrn. v. Kleist. Letztere bringen neuerdings wieder Hrn. v. Auerwald als Kandidaten der Rechten in Vorschlag. Für diesen findet sich namentlich in der Fraktion Nolden manche Unterstützung; doch ist an seine Wahl nicht zu denken. Inzwischen liegt es auf der Hand, daß bei den Meinungsverschiedenheiten auf der Rechten die Aussichten der Linken für den Grafen Schwerin wachsen müssen.

Die Genesung Sr. Kön. Hoheit des Prinzen Karl schreitet in erfreulicher Weise vor. Wenn einige Zeitungen von einem dauernden Schaden sprechen, welchen der Prinz von dem Sturze davontragen werde, und sogar die Nothwendigkeit des Gebrauchs von Krücken behaupten, so beruht Dies auf einer argen Uebertreibung. Die Heilung des hohen Kranken nimmt ihren ganz normalen Verlauf, und wenn auch allerdings noch einige Zeit Spuren der Schwäche übrig bleiben, so steht doch mit Zuversicht binnen 4 — 6 Wochen die völlige Wiederherstellung desselben zu erwarten.

Der aus Posen hier anwesende Festungskommandant General v. Brandt ist dem Vernehmen nach zur Hauptstadt berufen worden, um hier wegen der Ueberrahme des Kommandos der ersten Division gehört zu werden. Der franz. Gesandte Hr. v. Barennes hat sich neuerdings wieder über die Haltung beschwert, welche einzelne Berliner Blätter dem neuen Kaiserthum gegenüber eingenommen. Namentlich sollen einzelne Artikel der „N. Pr. Ztg.“ wieder Anlaß zu dergleichen Schritten gegeben haben.

33. M. der König und die Königin begeben sich am Sonntag von Potsdam nach Charlottenburg. Erst am Montag wird die Residenz nach Berlin verlegt, und am nächsten Mittwoch, den 12., findet im hiesigen Schlosse das erste große Hoffest statt.

Wien, 3. Jan. (W. L.) Se. Maj. der Kaiser hat die zur Ausbildung ungarischer Auskultanten bei den Wiener Gerichtsbehörden bestehenden Stipendien auf die Dauer von 3 Jahren abermals um 14 aus dem Staatskassage dotirte Stipendien vermehrt. — Se. K. Hoh. der Herzog von Parma ist am 31. Dez. hier angekommen.

Wie man aus Konstantinopel berichtet, ist dort eine in der montenegrinischen Angelegenheit vermittelnde Note Rußlands eingetroffen, welche aber von der Pforte ablehnend beantwortet wurde, da der Sultan seine vermeintlichen Rechte und Ansprüche, insoweit sie Montenegro betreffen, entschieden zur Geltung bringen will. Zugleich melden Handelsbriefe aus Dalmatien, daß die türkische Flotille, welche bestimmt ist, der Expedition gegen Montenegro sich anzuschließen, an der Küste bei Dulcigno eingetroffen sei. Die Schiffe sollen ungewöhnlich stark bemannet sein.

Nach heute hier eingetroffenen Berichten sind die kleineren Nebenflüsse der Donau in Niederösterreich bereits zugefroren.

Nach Berichten aus Ungarn lauer heuer Tabakbau-Lizenz-gesuche in so großer Zahl ein, daß abermals eine bedeutende Ausdehnung der Tabakkultur in Aussicht steht. Die sämtlichen Tabakpflanzler, welche bei Einführung des Monopols den Tabakbau aufgaben, bestellen ohne Ausnahme ihre Felder wieder dazu, da sie einsehen, daß der Tabakbau in Ungarn den Pflanzern nie einen größeren Gewinn abwarf, als seit Einführung der Aerial-Einsöpfung.

Der zwischen Oesterreich und dem Kirchenstaate kürzlich abgeschlossene Postvertrag wird auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer den Verkehr begünstigenden Revision unterzogen werden.

Der Zivil- und Militärgouverneur von Temesvar (Ungarn) hat an den Bürgermeister zu Neufas ein Schreiben gerichtet, welches als ein bemerkbares Zeichen für das Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber den Vorgängen in Montenegro angesehen werden dürfte. Dasselbe lautet:

Der Redakteur Redakovic beschäftigt sich seit einiger Zeit im „Srboki Dnevnik“ sehr viel mit den Verhältnissen Montenegro's zur Türkei. Insofern Redakovic für seine Stammverwandten lediglich Sympathien an den Tag legt, ist kein Anlaß vorhanden, seinen Artikeln eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken, obgleich ein treuer Öster. Unterthan nicht verzeihen sollte, welche unzählige und schmächtige Märdereien, Mordbrennerien, Morde und Todtschläge montenegrinische Banden, die oft aus Hunderten von Menschen bestehen, auf österreichischem Boden bereits verübt haben und alljährlich verüben, wiewohl sie sich im Jahre 1848 zu Tausenden an die aufrührerischen Bewohner in Österr. Albanien angeschlossen, wiewohl sie auch in den benachbarten türkischen Provinzen fortwährend Töten und Christen ohne Unterschied plündern und mordeten, und wiewohl auch die Nachbarn in Montenegro nur sehr selten irgend eine, wenn auch sehr geringe Gemüthsruhe dafür geleistet haben. Inzwischen Redakovic beschränkt sich nicht auf einfache Darlegung seiner Sympathien, sondern fordert die Unterthanen einer mit Oesterreich befreundeten Macht auf, gegen ihre Regierung, der sie durch völkerrrechtliche Traktate und auch seit lange faktisch unterworfen sind, die Waffen zu ergreifen, schilbert die außerhalb Montenegro lebenden Serben als unter fremdem Joch schmachtend, und

erbichtet sogar Fakta, z. B. jenes, daß die Unabgigkeit Montenegro's durch Oesterreich bereits anerkannt worden. Dies kommt insbesondere in Nr. 46 des „Srboki Dnevnik“ vor.

Redakteur Redakovic wird also von der fernern Einhaltung einer solchen Richtung in seinem Journale hiermit zum ersten Male gewarnt, und der Herr Bürgermeister wolle ihm diese Warnung mit der Abschrift des gegenwärtigen Erlasses zukommen machen. Temesvar, 26. Dezember 1852.

***4 Wien, 4. Jan.** Man hat auswärts sehr häufig sein Ersäunen ausgesprochen und mit verdrießlicher Miene gefragt, weshalb die österreichische Regierung Nichts thue, um die Einwanderung aus Deutschland nach jenen östlichen Länderstrecken zu begünstigen, die man gewöhnlich unter dem Gesamtnamen Ungarn begreift? In der That war für Jeden, welcher die Verhältnisse nicht kannte, sondern die Zustände jenseits der Leitha nach dem Maßstabe der Zustände in den deutschen Erbländern beurtheilte, diese anscheinende Gleichgültigkeit sowohl gegen das Beste des eigenen Landes als auch gegen das Wohl des zahlreichen Bevölkerungsüberflusses in Deutschland ein unauslösbare Räthsel. Erst die neue Zeit hat uns den Schlüssel dazu in die Hand gegeben. Wir vernehmen nämlich, daß die Regierung jetzt mit den südwestlichen Staaten des Deutschen Bundes in Unterhandlungen über die Ausdehnung der Freizügigkeitsverträge stehe. Sie will denjenigen Kronländern, welche wenigstens dem Namen nach nicht zum Bunde gehören, die Wohlthat der Freizügigkeit zugewendet sehen, und hat deshalb bereits mit Württemberg, Sachsen, Hannover und Kurhessen Verhandlungen angeknüpft, welche eine Erweiterung der bestehenden Verträge auf die früher davon ausgeschlossen gewesen Kronländer Ungarn, Kroatien, Slavonien und Siebenbürgen zum Gegenstande haben. Sie will also die Einwanderung nach dem Osten der Monarchie begünstigen, und es scheint mithin wohl an der Zeit, darauf zurückzukommen, weshalb es nicht früher geschehen ist.

Ungarn und seine ehemaligen Nebenländer waren bis zum Tage von Vilagos nicht ein Theil der österreichischen Monarchie, sondern der Kaiser von Oesterreich war gleichzeitig König von Ungarn, ungefähr so, wie der Vorfahr der Königin Viktoria König von England und von Hannover gewesen ist. Die Länder hatten verschiedene Gesetzgebungen, und waren durch eine Zolllinie von einander geschieden. Ungarn besaß eine alte aristokratische Verfassung, durch welche ein Drittel der Bevölkerung, die Abkömmlinge der magyarischen Eroberer des Landes, zur Theilnahme an der Verwaltung berufen, mit ausgeübten Vorrechten bedacht war, während die andern zwei Drittel als „misera contribuens plebs“ alle Lasten trugen. Der deutsche Ackerbauer, welcher in Ungarn einwandern wollte, fand keinen Platz, als auf Grund und Boden des magyarischen Adelsigen, gegen dessen rohe Willkür die Regierung ihn nicht zu schützen vermochte. Bei sich zu Hause war der Grundherr König und Richter zugleich, und bei der Berufung kam man an Gerichte, welche dem einheimischen Geklämmer unbedingtes Recht gaben. Die oberste Behörde zu Wien aber war so machtlos diesen verwirrten Rechtszuständen gegenüber, daß sie von den Komitaten in Ungarn nicht einmal die Festnehmung und Ablieferung flüchtiger Verbrecher auf gesetzlichem Wege erreichen konnte; es war alles Mögliche, daß die Ungarn nur den Ausweg zuließen, den man in solchen Fällen ergreifen hatte: man schickte nämlich von hier aus Angehörige der Polizei, welche den Verbrecher festnahmen und gleichsam entführten. Eben so schlecht, wie mit dem Schutze des ackerbauenden Einwanderers, war es mit allen bürgerlichen Rechtsverhältnissen und der peinlichen Rechtspflege bestellt und von einer Verbesserung dieser Dinge keine Rede, weil dem König die Hände durch einen Reichstag gebunden waren, dessen Streben nicht sowohl auf die Wohlfahrt des Landes abzielte, als auf die unverfälschte Erhaltung der adeligen Vorrechte. Eine so ungeschehene und realische Verwaltung, wie die österreichische, durfte unter solchen Umständen durchaus nicht eine Einwanderung ermuntern, bei welcher sie den neuen Ansiedlern keine Sicherheit des Eigentums, keine unparteiische Rechtspflege und überhaupt keinen der Vortheile eines geordneten Staatsbürgerthums gewährleisten konnte.

Die frühere Gleichgültigkeit gegen deutsche Einwanderung nach dem Osten hatte demnach eben so ehrenhafte als triftige Gründe, wenn auch — aus leicht begreiflichen Ursachen — öffentlich keine Rede davon war. Sollte aber, wie es jetzt den Anschein gewinnt, das frühere Zaudern sich in Aufmunterung für neue Ansiedler verkehren, so werden diese um so vertrauensvoller dem Rufe folgen können.

Man muß aufrichtig wünschen, daß ein solcher Ruf recht bald möglich sei. Die Donau zeigt dem deutschen Volke den Weg zur Entwicklung seiner Wohlfahrt und zur Befestigung seiner Weltstellung gegen das Slaventhum.

Frankreich.

† Paris, 5. Jan. Die Pariser Blätter sind neuerdings wieder so inhaltsleer wie jemals. Liegt Dies der Hauptsache nach in dem Mangel an bemerkenswerthen Ereignissen, so thut die Pressordnung das Uebrige, um die Tagespresse in dieser Flaubeit zu erhalten. Am reichsten an Nachrichten pflegt noch der „Moniteur“ zu sein, der seit seiner Umwandlung zum politischen Tagblatt das politische Interesse fast ganz in sich vereint, und den andern Blättern zur Hauptquelle dient. Ist auch der „Moniteur“ inhaltsleer, so ist die Ausbeute anderwärts noch geringer. Heute bringt der „Moniteur“ nicht viel von Bedeutung; außer der Mittheilung einiger Ordensverleihungen an 4 Mitglieder des Staatsraths (worunter der Bruder des Marschall-Kriegsministers) zeigt er im halbamtlichen Theile an, daß die Ratifikationen der am 9. Dez. zwischen Frankreich und Belgien abgeschlossenen Handelskonvention am 31. zu Brüssel ausgewechselt worden sind. Diese Konvention, die bis zum Abschluß einer neuen Uebereinkunft den Vertrag vom 12. Dez. 1845 wieder in Kraft setzt, tritt vom 15. Januar an in Ausführung.

Sodann bringt das Regierungsorgan noch einiges Nähere

über Abd-el-Kader's Fahrt nach Sizilien, die vom Wetter sehr begünstigt war. Der Emir schien mit der auf seine Einrichtung an Bord verwandten Sorgfalt sehr zufrieden und bezeugte zu wiederholten Malen seine Dankbarkeit gegen die französische Regierung. Die sizilianischen Behörden hatten von Neapel Befehl erhalten, den Emir und sein Gefolge mit allen einer hohen, unter Frankreichs Schutz stehenden Person gebührenden Rücksichten zu empfangen; aber Abd-el-Kader wollte nicht landen, sondern zog vor, an Bord zu bleiben, und gedachte nur zu einer Promenade nach Taormina am Fuß des Aetna ans Land zu steigen. Sein Wunsch war, am 27. Dez. nach Syra abzureisen. Neuere Nachrichten melden die erfolgte Abreise Abd-el-Kader's nach Syra, wo ein kleiner Aufenthalt gemacht werden sollte.

Der Prinz Murat hat unterm 4. d. an den Redakteur der „Presse“ einen Brief gerichtet, einen dem „Corriere Mercantile“ entnommenen Artikel betreffend, worin von Reklamationen die Rede war, die der Prinz bei der gegenwärtigen neapolitanischen Regierung erhoben, und von den versöhnlichen Anerbietungen, womit man auf seine Forderungen geantwortet hätte. „Schon mehrere Male“, antwortete der Prinz darauf, „hat hierüber die „Presse“ ganz falsche Artikel veröffentlicht. Ich halte es für nötig, ihnen endlich ein völliges Dementi zu geben. Diejenigen, die den Charakter des Königs von Neapel kennen, konnten sich nicht darüber täuschen; aber es ist nicht ebenmäßig dem Publikum, welches die Nachrichten, die man seiner Neugier als Futter hinwirft, für richtig nimmt.“

Der „Algerische Monitor“ bringt wiederum eine Liste von 38 Dezemberdeportirten, die Strafmildungen erlangt haben; einer wurde ganz begnadigt. — In dem deutschen Theil von Vohringen herrscht nach Privatbriefen großes Elend. Der dortige Verkehr liegt ganz darnieder; es fehlt an Arbeit und die Lebensmittel sind sehr theuer. Viele Bewohner wandern nach Amerika aus. — Der neue kaiserliche Alimofenier, Hr. Menjaud, Bischof von Nancy, ist ein Bruder des bekannten früheren Schauspielers dieses Namens. — Heute Morgen fand ein Ministerrath in den Tuileries statt; er dauerte sehr lange. — Die Zahl der am 31. Dez. auf der hiesigen Post abgegebenen Briefe war so beträchtlich, daß 6000 derselben erst am andern Morgen abgehen konnten.

Der frühere Generalprokurator am Kassationshofe und Justizminister L. Philipp's, Hr. Hebert, hat sich wieder auf die Tabelle der Advokaten am Pariser Appellhofe einschreiben lassen. — Der Seine-Präsident wird nächsten Samstag ein großes Diner geben, wozu 200 Personen eingeladen worden sind. — Diesen Monat werden die großen Bälle auf dem „Hotel de ville“ ihren Anfang nehmen.

Paris, 6. Jan. Der „Monitor“ zeigt die erfolgte Anerkennung des Kaiserthums durch Rußland in folgenden Ausdrücken an: „Der Kaiser hat in den Tuileries von Hrn. v. Kisseleff, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister Sr. Maj. des Kaisers aller Rußen, das Schreiben empfangen, das ihn bei Sr. Maj. bestätigt. Hr. v. Kisseleff, in einem Hofwagen zur Audienz bei dem Kaiser geleitet, ist Sr. Majestät durch den Jeremionmeister und Gesandteneinführer vorgestellt worden.“ Bemerkenswerth ist der dem Hrn. v. Kisseleff beigelegte neue Titel, da derselbe in der neuesten Ausgabe des Staatskalenders nur als „Geheimerath in außerordentlicher Mission, mit der Direction der Gesandtschaft beauftragt“, steht. — Gleichzeitig meldet der „Monitor“, daß auch die Gesandten von Württemberg, Bayern, Toskana, Hannover, Baden und Sachsen von ihren Höfen die neuen Beglaubigungsschreiben erhalten haben, die sie alsbald Sr. Majestät überreichen würden. Der Minister der Vereinigten Staaten hat ebenfalls sein neues Beglaubigungsschreiben erhalten und wird es überreichen.

Durch kaiserl. Dekret ist der oberste Unterrichts-rath fürs Jahr 1853 neu zusammengesetzt. Der Unterrichtsminister ist von Rechts wegen Präsident desselben; Hr. Dumas und Hr. Rivard bleiben Vizepräsident und Sekretär. Der Unterrichts-rath begreift nach wie vor folgende Elemente in sich:

3 Senatoren, 3 Staatsräthe, 5 katholische Prälaten, 2 Würdenträger der protestantischen Kirche, den Vizepräsidenten des israelitischen Centralconsistoriums, 3 Mitglieder des Kassationshofs, 5 Mitglieder des Instituts von Frankreich, 8 Generalinspektoren von dem Unterrichtsministerium, und 2 Mitglieder des unabhängigen Lehrstandes. Aber bemerkenswerth ist, daß gleichwohl hauptsächlich das geistliche Element in diesem Jahr ein Mitglied verliert, da unter den Generalinspektoren der Abbe Daniel durch ein weltliches Mitglied ersetzt ist. — Der oberste Unterrichts-rath ist auf den 17. d. zu einmonatlicher Sitzung zusammenberufen.

Ein anderes Dekret verfügt, daß die Pfandbriefe der Immobilienbanken nicht anders als vom Regierungskommissär visirt und dann einregistriert ausgegeben werden dürfen. — Durch mehrere weitere Dekrete werden Abänderungen an den Statuten verschiedener Versicherungsgesellschaften genehmigt, während gleichzeitig eine halbamtliche Bekanntmachung die Interessenten wegen des Fortbestehens der Versicherungsgesellschaften zu beruhigen sucht, indem sie erklärt, daß allerdings die Regierung das Projekt eines „allgemeinen Versicherungssystems durch den Staat“ habe untersuchen lassen, dadurch aber zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß der gegenwärtige Stand der Dinge beibehalten werden müsse. — Für Paris sind wieder 7 neue gegenseitige Unterstützungsgesellschaften durch ministerielle Autorisation ins Dasein gerufen worden. — Dr. Conneau, der bekannte Gefangenschafts-gefährte L. Napoleon's zu Ham, ist zum „Ersten Arzt Sr. Maj. und Chef des Sanitätsdienstes Ihres Hauses“ ernannt worden. — Der „Monitor“ gibt in Folge noch nachträglich hinzugekommener Ziffern das rektifizierte Kaiser-votum folgendermaßen an. Abstimmende: 8,157,752; Ja: 7,839,552; Nein: 254,501; verlorene Bote: 63,699. — Die Armee von Paris besteht im Augenblick nach offiziellen Dokumenten aus 20 Regimentern Infanterie nebst 3 Bataillonen Jäger von Vincennes, 7 Regimentern Kavallerie, 7 Batterien Artillerie, 6 Kompagnien Genietruppen; ferner den speziellen Korps: Pariser Garde, Elite-Gendarmarie und Sappeurs-Pompier's.

Spanien.

Madrid, 31. Dez. Die amtliche Zeitung veröffentlicht ein Dekret, das die Versteigerung der Konzeßion des Baues der Eisenbahn von Madrid über Burgos nach Miranda del Ebro wiederum suspendirt.

Großbritannien.

London, 2. Jan. Auf der Insel Wight werden die Befestigungsarbeiten jetzt schon mit Eifer betrieben. Das Schloß Osborne wird durch einen elektrischen Telegraphen mit der Küste in direkte Verbindung gesetzt. Ueberhaupt ist man an allen bloßgestellten Küstendunkeln mit der Errichtung von Batterien beschäftigt. Das jetzige Gouvernement hat die Maßregeln seiner Vorgänger durchweg gutgeheißen.

Sir C. Wood trat zu Hallfax vor den Wählern auf, um bei seinem Eintritt ins neue Kabinett wieder um ihre Stimmen zu werben. „Die jetzigen Minister“, sagt er, „konnten nur dadurch sich vereinigen, daß sie gegenseitig sich Konzeßionen machten und alle persönlichen Rücksichten fallen ließen, sonst war kein liberales Kabinett mehr möglich. Welche Differenzpunkte auch unter unseren Parteien hier obwalten mögen, so ist der Zustand der Welt kein solcher, daß wir ohne ein starkes Gouvernement bestehen können. Ich war nie bange und bin es auch jetzt nicht; allein Niemand kann einen Blick über das Meer werfen, ohne zu gewahren, daß uns Gefahren drohen vom Kontinente her. Während alle Kontinentalmächte nur durch die Militärgewalt herrschen, dürfen die Jügel unseres Gouvernements nicht in schwachen Händen ruhen, und so geschah es nur aus Ueberzeugung und Pflicht, daß sich Männer verbanden, die entschlossen sind, ein liberales Gouvernement darzustellen, ein Gouvernement,

welches nicht gewillt ist, still zu stehen, sondern das voranzuschreiten will.“

Türkei.

Konstantinopel, 25. Dez. (Tr. Ztg.) Die auf die Regulierung der Bank bezüglichen Vorschläge Baltazzi's sind von dem Divan zurückgewiesen worden. Die Angelegenheit der Victory ist erledigt. Die Beschädigten erhalten zusammengenommen ein Schmerzensgeld von 190,000 Piaßtern. Zu Diarbekir ist neuerlich ein brittisches Konsulat errichtet worden.

Neueste Post.

Die angebliche Okkupation von Samana durch die Franzosen gab dem General Cass Veranlassung, im nordamerikanischen Senat die Hoffnung auszusprechen, daß die Regierung sich energisch dieser Besetzung widersetzen werde. Der „Observer“ glaubt, daß die neue englische Regierung selbst im Oberhause eine starke Majorität für sich haben werde, und daß 40 bis 50 bisherige Anhänger der Schugzoll-Partei ebenfalls geneigt wären, dem Kabinete ihren Beistand zu verleihen.

Neuerdings wird wieder der Angabe widersprochen, daß der Großherzog von Oldenburg dem Vertrag über die dänische Erbfolge beigetreten sei; derselbe habe vielmehr erklärt, daß er weder auf seine Erbrechte verzichte, noch überhaupt den Rechten der Herzogthümer Etwas vergeben könne und wolle.

In Bezug auf die altenburgische Ministerkrise hört die Berliner „Lith. Corr.“, daß Sr. Hoh. der Herzog für den Posten eines dirigirenden Staatsministers sein Augenmerk auf einen preussischen Beamten gerichtet hat.

Nach einer tel. Meldung der Fr. Bl. aus Wien, 6. d., wurde Hr. v. Profesch-Dsten durch kais. Verfügung vom 2. d. zum Bundespräsidialgesandten ernannt.

Die „Fr. P. Z.“ erklärt die mannichfachen Gerüchte über Verlegungen im Bereich der österreichischen Gesandtschaften für unbegründet; eben so die Gerüchte über den Wiedereintritt des Hrn. v. Brud in das österr. Ministerium und die Entfernung des Grafen Grünne aus der Nähe des Kaisers.

Der im Exil lebende Bischof Marilley von Freiburg (über dessen Rückkehr auf den bischöflichen Stuhl bekanntlich Verhandlungen schweben) befindet sich auf einer Reise nach Rom. — Der schweizerische Bundesrath hat den kürzlich abgeschlossenen provisorischen Vertrag für die Telegraphenkorrespondenz zwischen Frankreich und der Schweiz genehmigt, mit Vorbehalt jedoch der von den Kantonen etwa dagegen zu machenden Einsprachen.

Der zu Turin erscheinende „Risorgimento“ hat am 1. d. den Titel „Il Parlamento“ angenommen und ist an eine neue Gesellschaft übergegangen. — Die Arbeiten an der Eisenbahn zwischen Rom und Bologna haben ihren Anfang genommen.

In Neapel sind zwei wichtige königl. Dekrete, Zollsachen betreffend, erschienen. Das erstere verbietet die Ausfuhr von Bohnen, Speck und Talg; das zweite besteuert den Kantar Del bei der Ausfuhr mit 4 oder 6 Dukaten, je nachdem sie mittelst heimischer oder fremder Schiffe geschieht. Der Einfuhrzoll auf Oele wird von 8 auf 4 Dukaten herabgesetzt, ohne Unterschied des Ursprungs der Fahrzeuge, auf denen sie eingebracht werden. Auch die Verzehrungssteuer auf Oele wird entsprechend verringert. — Der König von Neapel soll den Grafen Pozzo di Borgo zum Herzog ernannt haben.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, den 9. Januar, 5. Abonnements-vorstellung, 1. Quartal, zum ersten Mal wiederholt: Die Journalisten, Lustspiel in 5 Akten, von Gustav Freitag.

Todesanzeige.

113. Schloß Rothenfels. Allen meinen Freunden und Verwandten gebe ich hiermit die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, meine liebe Gattin Babette, geb. Brauch, den 4. Januar, im 39. Lebensjahre, nach mehrjährigem Brustleiden von diesem irdischen Leben abzurufen. Um stille Theilnahme bitten,
Schloß Rothenfels, den 7. Jan. 1853,
Franz Schmitt,
markgräflicher Hofjäger.
Adolf Schmitt, Sohn.

111. Pforzheim.

Offene Stelle.

Ein mit guten Zeugnissen versehenes Journalist, Säger, der insbesondere mit dem Sagen feinerer Holzgattungen gehörig umzugehen weiß, findet dauernde Beschäftigung und kann sogleich eintreten bei
Karl Näher
in Pforzheim.

108. Karlsruhe.

Kapital auszuliehen.

Ein Kapital von 7000 Gulden ist ganz oder in zwei Theilen, jezt oder in einem Vierteljahr, auf erste doppelte Hypothek zu 5 Prozent wo möglich an eine Gemeinde auszuliehen. Wird größere Sicherheit gefordert, so kann ein ermäßigter Zinssfuß eintreten. Frankirte Anerbietungen wollen bei der Expedition der Karlsruher Zeitung eingegeben werden.
Karlsruhe, den 6. Januar 1853.

114. [3]1. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Skizzen

aus einer Reise nach dem heiligen Land

von
Jh. Plitt,

evang. Pfarrer zu Bonn a. R.

In Umschlag gehestet. Preis 36 fr.

H. 334.

Für Apotheker!

Seit Anfang d. J. 1852 erscheint im Verlage von Joh. Palm's Hofbuchhandlung in München eine Zeitschrift, welche den Herren Apothekern nicht genug empfohlen werden kann. Es ist dies die

Vierteljahresschrift für praktische Pharmacie.

Herausgegeben von Dr. G. C. Wittstein.

Sie vertritt ausschliesslich die wissenschaftlich-praktische Seite der Pharmacie, und die Fülle nützlicher und interessanter Mittheilungen in den bis jetzt erschienenen fünf Heften den Beweis, wie sehr der, besonders durch seine in zweiter Auflage erschienene „Anleitung zur Darstellung und Prüfung chemischer und pharmaceutischer Präparate“ rühmlichst bekannte Herausgeber befähigt ist, ein solches Organ für die Interessen der Pharmacie zu leiten. Jeder Fachgenosse wird seinen Vortheil durch Anschaffung dieser Zeitschrift fördern.

Der Band (Jahrgang) von vier Heften kostet 4 fl. 48 kr. Alle Buchhandlungen nehmen darauf Bestellungen an, in Karlsruhe die G. Braun'sche Hofbuchhandlung und A. Bielefeld.



70. [3]3. Karlsruhe.

Hausversteigerung.

Aus der Gantmasse des Zimmermeisters Christoph Hellner in Karlsruhe wird am

Montag, den 17. Januar d. J.,

Vormittags 10 Uhr,

ein dreistöckiges Wohnhaus mit Seitenbau, Sägmühle, Chaisen- und Wagenremise, Flegel- und Holzmagazin, Werkstätte mit Zimmer, Stallungen, Scheuer, Zimmerplatz und Garten (2/4 Morgen Flächenraum) und zwar der Platz und Garten in verschiedenen Abtheilungen — in der Stephanienstraße Nr. 86, neben Apotheker Wader in Mühlburg und Registratur Goldschmidt, taxirt zu 25,000 fl. im Rathhause hier einer nochmaligen Versteigerung ausgesetzt, und erfolgt der Zuschlag um das höchste Gebot, auch wenn dieses unter dem Schätzungspreise bleiben würde.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1852.
Der Vollstreckungsbeamte der Stadt Karlsruhe:
Notar Grimmer.



70. [2]2. Forchheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Forchheim, Bezirksamt Eisingen, läßt in ihrem Gemeindswald, im herrschaftlichen Kastenwörth, Montag, den 17., und Dienstag, den 18. d. Mts.: 597 Stämme Bau- und Nutzholz, bestehend in Eichen, Buchen, Fichten, Pappeln, Weiden, Rothholzer, und Eichen, versteigern. Bemerkenswert, daß die Eichen, 75 Stämme an der Zahl, sich mehrtheils zu vorzüglichem Holländerholz eignen. Sodann am Mittwoch, den 19. d. Mts.: 86 1/2 Klafter ähnllicher Sorten Scheitholz und 813 Stück Wellen öffentlich versteigern; wozu die Liebhaber pöflichst eingeladen werden mit dem Bemerkten, daß der Verammungslag an jedem der genannten Tage früh halb 9 Uhr im Ort selbst beim Rathhause stattfindet.

Forchheim, den 2. Januar 1853.
Bürgermeister Rißner.
vdt. Bütterer, Rathschr.

